



STUTTGART | 
**GESAMTELTERNBEIRAT
DER LANDESHAUPTSTADT STUTTGART**

Protokoll der Vollversammlung des GEB vom 27. April 2016

Beginn:	19:30 Uhr
Anwesend:	49 ElternvertreterInnen + 1 Gast
Leitung:	Sabine Wassmer
Ende:	21:45 Uhr

Tagesordnung

1. Begrüßung
 2. Lehrerversorgung – wie sieht es derzeit aus?
 3. Nachwahl: Kassierer
 4. Schulsanierungsprogramm – Gast: K. Korn, Schulverwaltungsamt
 5. Veranstaltungen - Termine
 6. Verschiedenes - Themen aus den Schulen
-

1. Begrüßung

Die Vorsitzende Sabine Wassmer begrüßt alle Anwesenden und weist auf die ausliegenden Flyer und die Anwesenheitslisten hin. Danach stellt sie die den Gast, die Amtsleiterin des Schulverwaltungsamtes, Frau Karin Korn.

2. Lehrerversorgung

Momentan fällt es an allen Schulen hauptsächlich in technischen Fächer an Lehrern. Am stärksten trifft es die Gymnasien. Es gibt auch einen großen Mangel an Sonderpädagogen. Vertretung im 2. Halbjahr kaum möglich. Zudem fehlen auch die Lehrer für Deutsch als Fremdsprache. GEB will zu diesen Problemen einen Brief ans Ministerium verfassen.

Stimmen aus dem Saal:

- Hr. Bernhard Herp (Wagenburggymnasium)
 - Es läuft gerade eine Unterschriftenaktion injiziert von der ARGE* mit der Forderung an das Ministerium, 110% Lehrerversorgung bereit zu stellen.
 - Die ARGE* hatte einen Termin im Kultusministerium mit dürftigen Antworten ... dass die Gymnasien die Lehrerprobleme selber lösen müssen.
- Claudia Göritz
 - Erwähnt, dass es im SAA der Gymnasien darüber berichtet wurde und verweist auf den dort gehaltenen Vortrag.
- Elternbeirat der Haldenreinschule meldet, dass in deren Schule die Lehrerversorgung gut ist.

3. Nachwahl: Kassierer

Vertagt

4. Gastvortrag „Schulsanierungsprogramm und Investitionsvorhaben“ von Frau Karin Korn, Schulverwaltungsamt

Einleitung von Sabine Wassmer: 2010 wurde eine große Schuluntersuchung durchgeführt, an welchen Schulen eine dringende Sanierung nötig ist. Die Schulen sollten trocken, sauber und sicher gemacht werden. Warum geht das nicht so schnell?

Frau Korn: 2008 hat ein Umbruch in der Sanierungspolitik der Stadt stattgefunden und es wurden 60 Mio. € im Konjunkturpaket II des Bundes für energetische Sanierungen bereitgestellt. 2010 hat dann der Gemeinderat erstmals 100 Mio. Euro verteilt auf 4 Jahre genehmigt. Davor gab es deutlich weniger Geld, nämlich jährlich 18 bis 20 Mio. Euro.

Wünschenswert und notwendig wären 45 Mio. € pro Jahr für die Bauunterhaltung. 2010 wurde die Verwaltung beauftragt die Untersuchung durchzuführen. Die Fa. Drees & Sommer wurde mit der Durchführung beauftragt und sie nahm 1557 Maßnahmen auf. Das Geld für die Sanierungen wurde schnell genehmigt (60-80 Mio. € pro Jahr). Das hat teilweise die Bauwirtschaft wie die Verwaltung überlastet. In den ersten zwei Jahren musste das Amt Personal aufstocken. Das Programm wurde bis in das Jahr 2020 verlängert. 50 Mio. € jährlich sind im Haushalt zugesichert. Die Maßnahmen wurden priorisiert und dadurch entstand ein neues Sanierungsprogramm, das laufend fortgeschrieben wird.

Mittlerweile gibt es 1815 Maßnahmen in der Liste und die Kosten sind auf gut 480 Mio. € gestiegen. 1270 von den 1815 Maßnahmen werden momentan gemeinsam mit dem Hochbauamt abgearbeitet. Bereits rd. 300 Mio. Euro wurden bereitgestellt. 98 Mio. € sind zurückgestellt für Neuplanung (Ersatzbauten).

Parallel ist so ein Investitionsprogramm entstanden, weil bei einigen Vorhaben die Sanierungsnotwendigkeiten so hoch sind, dass ein Ersatzneubau vorgesehen werden muss. Auch der Schulentwicklungsplan hat, mit dem Run auf Gymnasien, dem Rückgang der Werkrealschulen und dem Aufbau der Ganztageschulen, zu diesen vielen Investitionsnotwendigkeiten beigetragen. Mittlerweile werden die Kosten für dieses Investitionsprogramm auf ebenfalls rd. eine halbe Milliarde geschätzt.

Beim Schulverwaltungsamt wurden die Stellen aufgestockt. Es hat sich mittlerweile auf 150 Mitarbeiter vergrößert. Bei den Investitionsmaßnahmen (Neu- und Erweiterungsbauten) beauftragt das Schulverwaltungsamt das Hochbauamt mit der Planung und der Umsetzung der Bauvorhaben. Die Planungen dauern i.d.R. zwei Jahre (Vorprojektbeschluss / Auftrag an den Architekten, dann folgt ein Wettbewerb mit den entsprechenden Ergebnissen, erst danach folgt der Projektbeschluss, d.h. der Gemeinderat entscheidet, wie es weitergehen soll). Wenn dann nach Bereitstellung der Finanzierung im Haushalt der Baubeschluss gefasst werden kann, dauert der Bau weitere zwei Jahre. Manchmal verlängert sich diese Zeit aufgrund der Ortsumstände (historisch, platzmäßig, denkmalgeschützt). Wichtig: Machbarkeitsstudien sind noch keine Planungen!

Im Anschluss an den Vortrag Diskussion mit dem Saal.

Meldung Vogelsang Schule:

Kommunikation zwischen Schule und Amt stimmt nicht.

Antwort: Erst wurde die Machbarkeitsstudie gemacht. Das wurde von dem Amt durchgeführt ohne erstmal den Rektor zu informieren – hier geht es v.a. um die tatsächlichen Möglichkeiten vor Ort bzgl. Untergrund, Umfeld und vor allem den Denkmalschutz. Die Bauplanung beginnt erst und wird mit der Schulleitung abgestimmt, wenn die Schule den Antrag auf Ganztagschule (GTS) stellt, so dass dieser zusätzliche Bedarf mit geplant werden kann.

Meldung Gustav-Werner-Schule (Fatima Rizzo-Bock):

Momentan nur eine Containerlösung angewandt.

Antwort: Es wurde Geld vom Gemeinderat für einen Masterplan zum Thema Inklusion und Bildungs- und Beratungszentrum (SBBZ) zugeteilt. Mit diesem Masterplan werden Vorschläge erarbeitet, wie es mit den SBBZ infolge der Einflüsse der Inklusion weitergehen wird.

Meldung Neues Gymnasium Feuerbach:

Warten seit 1,5 Jahren auf Architektenausschreibung.

Antwort: Derzeit umfasst das Investitionsprogramm insgesamt 526 Mio. €. Davon hat der Gemeinderat 247 Mio. € finanziert. Für den Campus Feuerbach stehen zunächst 1,1 Mio. Euro an Planungsmittel zur Verfügung und es wurde eine Machbarkeitsstudie erstellt. Allerdings haben 900m² zum Thema Inklusion gefehlt, weil das Land seit 2015 dafür neue Schulbaurichtlinien erstellt hat. Daher musste die Machbarkeitsstudie überarbeitet werden.

Meldung Frau Kathrin Grix:

Wie sieht ganz allgemein die Geldplanung aus?

Antwort: Für Schulsanierungsmaßnahmen werden die Vorhaben im Rahmen der zur Verfügung stehenden 50 Mio. Euro jährlich priorisiert.

Für Investitionsmaßnahmen müssen die Gesamtkosten ermittelt und diese dann im Haushalt eingestellt werden (sog. Vollfinanzierung).

Haushaltsberatungen sind momentan sehr spannend. Bis zur Sommerpause müssen alle Ämter ihre Investitionsvorhaben mit Kostenangaben zum Doppelhaushalt melden (rote Liste). Der Kämmerer sagt aber erst im September, wie viel Geld für Investitionen insgesamt zur Verfügung steht und welche Vorhaben in diesem Rahmen von der Verwaltung vorgeschlagen werden (Verwaltungsliste, grüne Liste). Momentan hat der Gemeinderat für mehr Schulvorhaben Planungsmittel beschlossen als die Verwaltung vorgeschlagen hat.

Meldung Frau Claudia Göritz (Königin-Olga-Stift):

Warum werden die Schulen gegeneinander Ausgespielt? Nach dem Motto „... weil die Schule X jetzt so tolle Sachen bekommt, müsst ihr warten“.

Antwort: Das Sanierungsprogramm ist so umfangreich, dass nicht alles auf einmal gemacht werden kann. Die Verwaltung schlägt i.d.R. wirtschaftliche Lösungen vor. In einigen Fällen hat nun der Gemeinderat teurere Lösungen beschlossen. Wenn der Finanzierungsrahmen von jährlich 50 Mio. Euro durch solche Kostensteigerungen früher ausgeschöpft ist, müssen andere Vorhaben zeitlich geschoben werden. Es werden aber alle Schulen früher oder später saniert.

Um die Antworten zu bündeln, wurden erst die Fragen gesammelt und dann beantwortet.

Meldung Frau Marianna Urbano:

Gemeinschaftsschulen sind alle Ganztageschulen und brauchen dringend die Umbauten.

Meldung Bernhard Herp Wagenburg Gymnasium

Eine allgemeine Anmerkung zum Thema Kommunikation Schulverwaltungsamt-Rektor-Eltern und nochmals die Bitte, die Schulen nicht gegeneinander auszuspielen.

Meldung Grundschule Obertürkheim:

Es ist nicht nur wichtig, was man saniert, sondern auch wie man das macht. An dieser Schule wird seit Jahren herumsaniert.

Meldung Grundschule Sonniger Winkel:

Die Grundschule will 2018 den Antrag auf GTS stellen. Brauchen jetzt noch eine Mensa dazu und weitere Umbauten.

Antwort:

- 1) Gemeinschaftsschulen (GS) gibt es noch nicht so viele. Es laufen Machbarkeitsstudien an den verschiedenen Standorten und erst seit 2015 gibt es ein Modellraumprogramm des Landes zum Raumbedarf.
Für die Anne-Frank-Gemeinschaftsschule liegt die Machbarkeitsstudie vor. Sie bekommt jetzt erstmal eine Mensa. Für den 1. Bauabschnitt sind Gelder da und der nächste Bauabschnitt ist in Planung. Auch bei der Elise-von-König-GMS gibt es einen Vorprojektbeschluss und der 1. Bauabschnitt ist finanziert
- 2) Zum Thema Kommunikation ganz allgemein: Das Schulverwaltungsamt ist bestrebt, die Kommunikation zu und mit den Schulen so gut wie möglich zu gestalten, aber manchmal gibt es halt auch keine Neuigkeiten, so dass es auch keinen Informationsfluss gibt.
- 3) Obertürkheim ist ein Bauvorhaben was ein Beispiel für eine schlechte Umsetzung ist.
- 4) 36 Grundschulen sind im Aufbau zu GTS. Sonniger Winkel hat erstmal den Antrag gestellt und später zurückgezogen. Stellt aber jetzt einen verbindlichen Antrag. Gymnastikhalle muss erst abgerissen werden, bevor Räume für GTS gebaut werden können. Neben der Investitionspauschale von 3,5 Mio. Euro muss also der Gemeinderat erst noch zusätzliche Mittel für den Ersatz der Gymnastikhalle zur Verfügung stellen

Weitere Fragen bitte per Mail an info@GEB-Stuttgart.de oder ausliegende Zettel.

5. Veranstaltungen - Termine

- 4. Juni - ARGE*-Sitzung in der Feuerseemensa Ludwigsburg
- 6. Juni - Schulartenausschusssitzung Sonder- und Förderschulen
- 8. Juni - gemeinsame Schulartenausschusssitzung der Beruflichen Schulen, der Realschulen und der Grund- und Werkrealschulen.
- 18. Juni - Forum Rosenstein. Dort werden auch Schulthemen behandelt. Bitte um Werbung unter den Eltern, damit auch diejenigen, die es letztendlich betrifft, nämlich die Kinder auch dort vertreten sind.

6. Verschiedenes - Themen aus den Schulen

- Lernmittelfreiheit
 - -> s. Schulartenausschuss Gymnasien
 - 4,1 Mio. € zur Verfügung gestellt und nur 3,3 Mio. € von den Schulen ausgeschöpft im Jahr 2015.

Meldung Robert-Koch-Real-Schule: Ein positives Beispiel für eine gute Umsetzung der Lernmittelfreiheit.

*ARGE - Arbeitsgemeinschaft Elternbeiräte an Gymnasien im Regierungsbezirk Stuttgart
<http://arge-stuttgart.org/>

Protokoll verfasst von Mateusz Obojski am 31.05.2016

Gelesen und genehmigt von Sabine Wassmer am 15. 09. 2016